

Rede Bundesrechnungsabschluss 2007, 9.7.2009

Frau Präsidentin! Herr Präsident des Rechnungshofes! Meine geschätzten Damen und Herren! Auf Basis der Feststellungen des Rechnungshofes diskutieren wir heute den Budgetvollzug 2007. Veranschlagt waren Ausgaben von 69,5 Milliarden € und Einnahmen von 65,7 Milliarden €. Dank eines überdurchschnittlichen BIP-Wachstums haben die Einnahmen des Bundes den Voranschlag um 3,7 Milliarden € überstiegen, während das Ausgabenplus um 2,7 Milliarden € niedriger lag. Insgesamt betrug das Budgetdefizit 2,8 Milliarden €.

In Summe stellt der Rechnungshof fest, dass im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmen- und Ausgabenquote, die Verschuldung des Staates, die Belastungen künftiger Finanzjahre und den Stand der Haftungen strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich sind, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu erreichen. Das alles bezogen auf den Vollzug 2007.

Wenn wir 2010 über den Bundesrechnungsabschluss 2009 diskutieren werden, wird sich das Bild angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise wohl deutlich gewandelt haben. Einnahmen brechen zunehmend weg, Ausgaben und damit das Budgetdefizit steigen. Diese Tendenz macht punktgenaue Budgetplanungen immens schwierig beziehungsweise unmöglich. Unter den Folgen der Krise leiden ja nicht nur wir Österreicher, ein ähnliches Bild der Staatshaushalte zeigt sich in vielen europäischen Staaten.

Meine geschätzten Damen und Herren! Die aktuelle OECD-Länderberichtsstudie spricht aber davon, dass wir Österreicher auf die Finanzkrise richtig reagiert haben. Dazu beigetragen hat eine Reihe von konjunkturbelebenden und beschäftigungserhaltenden Maßnahmen, wie zum Beispiel die Konjunkturpakete sowie die Steuerentlastung, die zur Stabilisierung des Inlandskonsums beigetragen hat.

Meine geschätzten Damen und Herren, die eingeforderte Konsolidierung wird sicherlich weder ausschließlich einkommens- noch ausschließlich ausgabenneutral erfolgen können. Man wird bei jeder einzelnen Maßnahme zu prüfen haben, wie sie sich konjunkturell auswirkt. Ebenso werden wir unser Abgabensystem auf seine verteilungspolitische Effizienz überprüfen müssen. Eindeutig klar ist, dass eine gerechte Lastenverteilung zur Überwindung der Krise erforderlich sein wird. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.